Stadt Plauen
Finanzausschuss

Plauen, 28. Oktober 2014

Niederschrift
über die 2. Sitzung des Finanzausschusses

Sitzung am :	Donnerstag, den 09.10.2014
Sitzungsort:	Rathaus, Zimmer 154 b

Beginn: 16:30 Uhr **Ende:** 17:50 Uhr

Anwesenheit:

Vorsitzender	**Bemerkungen**
Herr Oberbürgermeister Ralf Oberdorfer	

Stimmberechtigtes Mitglied

Herr Thomas Fiedler	
Frau Yvonne Gruber	
Herr Klaus Jäger	
Herr Tobias Kämpf	
Frau Kerstin Knabe	
Herr Steffen Müller	
Herr Wolf-Rüdiger Ruppin	

Beratendes Mitglied

Herr Michael Hochmuth	
Frau Sabrina Lux	
Herr Wolfgang Stark	anwesend bis TOP 7
Herr Jochen Stüber	
Herr Frank Trtschka	
Herr Bert Walther	
Herr Gerd Zeune	

Abwesende:

Stimmberechtigtes Mitglied

Herr Christian Hermann	entschuldigt
Frau Petra Rank	entschuldigt

Beratendes Mitglied

Herr Hardy Neumann	entschuldigt

Mitglieder der Verwaltung

Name	Funktion	Anwesenheitsgrund
Frau Göbel	FBL Finanzverwaltung	gesamte Sitzung
Herr vom Hagen	Leiter Eigenbetrieb GAV	öffentlicher Teil
Frau Swierzy	SB Rechnungsprüfungsamt	gesamte Sitzung
Frau Spranger	Controlling	TOP 2
Frau Kramer	Controlling	TOP 2
Herr Abraham	Techn. Leiter Festhalle	TOP 2
Frau Roland	SB Bewirtschaftung Festhalle	TOP 2
Frau Myrczek	Gleichstellungsbeauftragte	

weitere Sitzungsteilnehmer

Name	Anwesenheitsgrund
Frau Dietrich (Freie Presse)	öffentlicher Teil
Frau Dähn (Vogtland- Anzeiger)	öffentlicher Teil

Tagesordnung:
öffentlicher Teil:

1. Eröffnung der Sitzung

1.1. Tagesordnung

1.2. Niederschrift über den öffentlichen Teil der 1. Sitzung des Finanzausschusses am 11.09.2014

1.3. Beantwortung von Anfragen

2. Information

2.1. Genehmigte über- und außerplanmäßige Aufwendungen und Auszahlungen
Drucksachennummer: 057/2014
- Aktueller Stand Planung HH 2015

3. Vorberatung

3.1. Geänderte Zuordnung von Haushaltsmitteln für Zuschüsse Gebäudehülle Private vom Ergebnishaushalt in den Investitionshaushalt
Drucksachennummer: 047/2014

3.2. Geänderte Zuordnung von Haushaltsmitteln zwischen Ergebnishaushalt und Investitionshaushalt für die Hochwasserschadensbeseitigung Juni 2013
Drucksachennummer: 044/2014

4. Verschiedenes

1. Eröffnung der Sitzung

Die 2. Sitzung des Finanzausschusses wird in Vertretung für Oberbürgermeister Oberdorfer von Bürgermeister Täschner durch die Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung und Beschlussfähigkeit eröffnet und geleitet.

Zur Mitunterzeichnung der Niederschrift werden Stadträtin Kerstin Knabe, Fraktion FDP/Initiative Plauen, und Stadtrat Thomas Fiedler, SPD/Grüne-Fraktion, gebeten.

1.1. Tagesordnung

Die Tagesordnung wird ohne Änderungen bestätigt.

1.2. Niederschrift über den öffentlichen Teil der 1. Sitzung des Finanzausschusses am 11.09.2014

Bürgermeister Täschner stellt die inhaltliche Richtigkeit der Niederschrift über die 1. Sitzung des Finanzausschusses am 11.09.2014 fest.

1.3. Beantwortung von Anfragen

Herr Frank Trtschka, sachkundiger Einwohner, merkt an, dass seine Anfrage aus der letzten Sitzung noch offen ist.

Frau Göbel, FBL Finanzverwaltung, erklärt, dass sich die Beantwortung doch etwas umfangreicher darstellt und die Antwort erst bis zum nächsten Finanzausschuss erfolgen kann.

2. Information

Genehmigte über- und außerplanmäßige Aufwendungen und Auszahlungen
Drucksachennummer: 057/2014
- Aktueller Stand Planung HH 2015

Frau Göbel, FBL Finanzverwaltung, erläutert den aktuellen Stand zur Haushaltsplanung. Sie erklärt, dass sich die gegründete AG Haushalt zum einen mit dem Thema Bürgerhaushalt und zum anderen mit der Erstellung des Haushaltsplanes und der damit im Zusammenhang stehenden Konsolidierungsmaßnahmen befasst. Sie fügt hinzu, dass ohne die Anhebung der Steuersätze auf das Niveau vergleichbarer Städte und die Reduzierung des überdurchschnittlich hohen Theaterzuschusses kein Haushaltsausgleich erzielt werden kann. Außerdem kann auch die Auflage der Rechtsaufsicht zum Haushalt (HH) 2014 nicht erfüllt werden. Zusätzlich erklärt sie, dass der vorhandene Bestand an liquiden Mitteln nicht ausreicht, um bis zum Ende des Planungszeitraumes die Zahlungsfähigkeit der Stadt zu sichern. Bezüglich der weiteren Verfahrenswiese erläutert sie, dass im Zusammenhang mit dem HH-Planentwurf auch ein extra Beschluss zur Haushaltskonsolidierung gefasst werden soll.

Herr Gerd Zeune, sachkundiger Einwohner, fragt, um welche vergleichbaren Städte es sich handelt?

Frau Göbel erklärt, dass in erster Linie die Städte Görlitz und Zwickau als Vergleich herangezogen werden, da diese auch die Kreisfreiheit verloren haben.

Herr Zeune fragt zudem, ob sich endlich etwas in Bezug auf die Rathausfassade getan hat?

Bürgermeister Täschner erklärt, dass nach seinem Kenntnisstand bis zum nächsten Jahr ein Vergleich zwischen Sanierung und Neu-/Umbauvarianten vorbereitet wird und im Stadtrat eine Vordiskussion erfolgt. Weiterhin soll es im Zusammenhang mit den Landratswahlen

einen Bürgerentscheid geben.

Stadträtin Kerstin Knabe, Fraktion FDP/Initiative Plauen, findet nicht, dass Zwickau eine vergleichbare Stadt zu Plauen ist. Sie merkt an, dass das Gewerbesteueraufkommen z.B. durch VW und die Zulieferer viel höher ist.

Frau Göbel merkt an, dass sich die Stadt Plauen in den vergangenen Jahren niedrige Hebe-sätze, niedrige Gebühren und einen überdurchschnittlichen Theaterzuschuss geleistet hat. Das ist nun so nicht mehr möglich. Zudem sollte man in Hinblick auf die Theaterdiskussion betrachten, dass Zwickau den höheren Hebesatzes schon über Jahre hat, die Gewerbesteuereinnahmen dementsprechend sehr hoch sind und trotzdem der Hebesatz nicht abgesenkt wird. Sie fügt hinzu, dass außerdem in Zwickau ein Großteil dieser Einnahmen aufgrund des niedrigeren Durchschnittes der kreisangehörigen Städte nicht in den Finanzausgleich geht und somit ein großer Anteil in deren Stadtkasse bleibt.
Abschließend möchte sie Stadträtin Knabe ermuntern sich als Vertreterin der Fraktion FDP/Initiative in die AG Haushalt einzubringen und gern weitere Vorschläge zu unterbreiten.

Herr Bert Walther, sachkundiger Einwohner, fragt, ob und wie die Verwaltung auf Seiten der Ausgaben spart?

Bürgermeister Täschner nennt hierbei z.B. den Theaterzuschuss, der sich auch ausgabenseitig niederschlägt. Zudem wird natürlich auch immer wieder innerhalb der Verwaltung geprüft, wo z.B. bestimmte Verwaltungsvorgänge, die keinen Nutzen produzieren, eingespart werden können.

Herr Walther möchte zudem wissen, was die Gebäude- und Anlagenverwaltung (GAV) die Stadt Plauen kostet und ob es nicht günstiger wäre, wenn die GAV wieder in die Verwaltung integriert wäre.

Frau Göbel erklärt, dass grundsätzlich ein zahlungswirksames Defizit eingeplant ist, da noch ein Zahlungsmittelbestand aus den Vorjahren vorhanden ist. Die Maßgabe ist hierbei jedoch, dass dieses Defizit im Vollzug reduziert werden soll. Sie erklärt, dass es bei der GAV, um die Bewirtschaftung der städtischen Gebäude geht und dies nicht ohne Zuschuss möglich ist.

Bürgermeister Täschner erklärt, dass dies keine gesonderte Situation der GAV ist, sondern sich gleichermaßen im Eigenbetrieb Kultur wiederfindet. Er äußert, dass mit dem Defizit bestimmte Risiken eingeplant sind, die natürlich nicht immer eintreten müssen.

Frau Göbel ergänzt, dass das Potenzial bezüglich der Sparmaßnahmen innerhalb der Verwaltung weitestgehend ausgeschöpft ist. Sie fügt hinzu, dass die Stadt Plauen unter dem Personalstandrichtwert liegt. Sie bezieht sich zudem auf ein Gutachten, welches in Bezug auf den Verlust der Kreisfreiheit erstellt wurde. Dabei hat das Sächsische Ministerium für Finanzen (SMF) untersucht, was an zusätzlichen Lasten auf die aufnehmenden Landkreise zukommt. Sie erklärt, dass dabei festgestellt wurde, dass die „Aufnehmerkreise“ von Görlitz, Zwickau und Hoyerswerda einen Bedarf in Millionenhöhe haben, bis sie den Personalstand erreichen, welcher der durchschnittlichen der Aufgabenerfüllung der Landkreise entspricht. Beim Vogtlandkreis hat das SMF jedoch festgestellt, dass dieser nichts bekommen muss, da die Stadt Plauen ihre Aufgaben schon so effizient erfüllt. Sie äußert abschließend, dass immer erst in der Verwaltung gespart wurde und erst jetzt eine Angleichung, z.B. bezüglich der Gewerbesteuer an andere Städte erfolgt.

Bürgermeister Täschner merkt an, dass als Grundlage für die von Frau Göbel beschriebene Entwicklung das Haushaltskonsolidierungskonzept von 1996 von der WIBERA dient.

Herr Wolfgang Stark, sachkundiger Einwohner, äußert, dass es auch für die Unternehmen

schwer ist, die Gewerbesteuer zu erwirtschaften. Er bittet zu überlegen, ob es auf lange Sicht zielführend ist, die Steuer zu erhöhen, da die Unternehmen dadurch eher geschwächt werden.

Frau Göbel erklärt nochmal, dass nicht die Verwaltung die Steuern erhöhen möchte, sondern dass alle der Stadtentwicklung gegenüber in der Pflicht stehen, einen Haushalt zu erstellen, der die Handlungsfähigkeit weiter ermöglicht. Sie fügt hinzu, dass ansonsten alle Baumaßnahmen und Kreditaufnahmen ausgesetzt werden müssen und die vorläufige Haushaltsführung gilt.

Stadträtin Knabe hinterfragt, ob wirklich das komplette Einsparungspotenzial in Bezug auf die Personalkosten ausgeschöpft ist auch in Hinblick auf die jährliche tarifliche Steigerung von ca. 3 %. Sie bittet darum, dass z.B. noch mehr Frauen gezielt gefragt werden sollten, ob sie nicht nur noch 30 Stunden arbeiten wollen.

Frau Silvia Lux, sachkundiger Einwohnerin, erläutert, dass durch eine Personalkostenreduzierung auch bestimmte Leistungen eingespart werden müssen, die dem Bürger dann fehlen (z.B. Bürgerbüro teilweise geschlossen, Öffnungszeiten kürzer). Zudem merkt sie an, dass die Stadt selbst nichts gegen tarifliche Lohnerhöhungen machen kann.

Bürgermeister Täschner bittet darum, dass diese Diskussion geführt werden sollte, wenn es konkrete Vorschläge gibt und der Haushaltsentwurf vorliegt. Er fügt hinzu, dass natürlich auch die Frage des Personals nicht außer Acht gelassen wird und dies durch das FG Personal/Organisation auch regelmäßig überprüft wird.

Stadtrat Tobias Kämpf, CDU-Fraktion, erwähnt, dass es nichts bringt, jede Zuschussstreichung oder Steuererhöhung abzulehnen und von Seiten der Stadträte vielleicht etwas mehr Verantwortung gewagt werden sollte. Er gibt zu bedenken, dass mit einem Haushaltssicherungskonzept keine Investitionen mehr getätigt werden können und erwähnt, dass er die Zusammenarbeit in der AG Haushalt als sehr konstruktiv empfindet.

Information:

Der Finanzausschuss der Stadt Plauen nimmt die gemäß der Anlage im Zeitraum vom 23.08.2014 bis 22.09.2014 für das Haushaltsjahr 2014 genehmigten über- und außerplanmäßigen Aufwendungen und Auszahlungen zur Kenntnis

3. Vorberatung

3.1. Geänderte Zuordnung von Haushaltsmitteln für Zuschüsse Gebäudehülle Private vom Ergebnishaushalt in den Investitionshaushalt

Drucksachennummer: 047/2014

Keine Diskussion.

Die Mitglieder des Finanzausschusses stimmen dem Beschlussvorschlag der Verwaltungsvorlage mit der Drucksachennummer 047/2014 einstimmig zu.

Beschlussvorschlag:

Der Stadtrat der Stadt Plauen beschließt die geänderte Zuordnung von Haushaltsmitteln i. H. v. 130.000 EUR für die Maßnahme Zuschuss Gebäudehülle Private Programm SUO-A (Schloßberg) und 112.000 EUR für die Maßnahme Zuschuss Gebäudehülle Private SUO-A (Kernstadt) vom Ergebnishaushalt (Maßnahmen 18Z-000009 und 18Z-000019) in den Investitionshaushalt (Maßnahmen Inv18-0000090

und Inv18-0000091).

Abstimmungsergebnis: 7 JA-Stimmen, 0 NEIN-Stimmen, 0 Stimmenthaltungen

3.2. Geänderte Zuordnung von Haushaltsmitteln zwischen Ergebnishaushalt und Investitionshaushalt für die Hochwasserschadensbeseitigung Juni 2013
Drucksachennummer: 044/2014

Keine Diskussion.

Die Mitglieder des Finanzausschusses stimmen dem Beschlussvorschlag der Verwaltungsvorlage mit der Drucksachennummer 044/2014 einstimmig zu.

Beschlussvorschlag:

Der Stadtrat der Stadt Plauen beschließt die geänderte Zuordnung von Haushaltsmitteln im Rahmen des bestätigten Wiederaufbauplanes Junihochwasser 2013 zum Budget LASuV i. H. v. 175.000 EUR vom Ergebnishaushalt (Aufwendungen) in den Investitionshaushalt.

Abstimmungsergebnis: 7 JA-Stimmen; 0 NEIN-Stimmen; 0 Stimmenthaltungen

4. Verschiedenes

Stadtrat Klaus Jäger, Fraktion DIE LINKE., erklärt, dass im Stadtbau- und Umweltausschuss im September der aktuelle Stand zum Verkehrsmanagementsystem vorgestellt worden ist. Er beschreibt, dass dort formuliert wurde, dass mithilfe dieser Daten und weiteren bereits in der Stadt vorhandenen Informationen eine digitale Straßendatenbank, mithilfe des Verkehrsmanagementsystems der Firma EDV Haller, erstellt wurde. Diese elektronische Datenbank soll eine Optimierung und Verbesserung der Aufgabenerfüllung der Verwaltung ermöglichen.
Er äußert, dass nun jedoch im Vergabeausschuss vergangener Woche eine Leistung im hohen fünfstelligen Bereich vergeben worden ist, die die elektronische Befahrung der Straßen (Street View) betrifft. Er fragt, ob sich durch diese Investition das Arbeitsfeld der GAV-Mitarbeiter erledigt hat oder Aufgaben dann doppelt ausgeführt werden? Er kann nicht nachvollziehen, dass das eine Fachgebiet über ein Verkehrsmanagementsystem berichtet ohne darauf einzugehen, dass eine Woche später eine Leistung für ein höherwertiges System, jedoch mit dem gleichen Zweck, vergeben wird.

Stadtrat Jäger fragt bezüglich eines anderen Themas, ob es richtig ist, dass alle fünf Jahre eine Bewertung des Anlagevermögens erfolgen muss? Außerdem möchte er wissen, wie sich der Arbeitsaufwand darstellt?

Frau Göbel, FBL Finanzverwaltung, erklärt, dass diese Folgeinventuren Pflicht sind und der Aufwand nicht ganz so groß ist, wie bei der Erstinventur. Sie merkt an, dass die Gemeinden nur für Fortbildungen (im Rahmen der Doppik) zusätzliches Geld vom Freistaat bekommen haben und auch der Sächsische Städte- und Gemeindetag festgestellt hat, dass eigentlich durch die Einführung der Doppik der Personalstandrichtwerte fortgeschrieben werden müssten.

Stadtrat Thomas Fiedler, SPD/Grüne-Fraktion, äußert, dass im Vergabeausschuss intensiv nachgefragt wurde, ob die Leistung bezüglich des 3D Systems für die Straßenerfassung überhaupt notwendig ist, da es ja die Straßenaufsicht gibt. Er informiert, dass auf Nachfrage erklärt wurde, dass ohne die Einführung dieser dreidimensionalen Befahrung kein erhöhtes Haftungsrisiko besteht. Er merkt an, dass seine Fraktion in der derzeitigen Finanzsituation die Abfahrung der 13.000 Verkehrszeichen in 3D für nicht erforderlich hält. Abschließend äußert er, dass die Vergabe abgelehnt wird und nur die Firmenbenennung erfolgt ist.

Herr Gerd Zeune, sachkundiger Einwohner, fragt, ob es nicht möglich wäre bezüglich der Sperrung Dobenaustraße an der Myliusstraße ein Umleitungsschild aufzustellen, damit Ortsunkundige wissen, wie sie ins Stadtzentrum gelangen können?

Bürgermeister Täschner bittet darum, dass dieses Anliegen schnell an den zuständigen Bereich weitergeleitet wird, da die Bauarbeiten schon demnächst abgeschlossen sein sollen.

Herr Jochen Stüber, sachkundiger Einwohner, möchte wissen, ob für die Entwässerung Possig Mittel in den Haushalt eingeplant sind oder nicht?

Frau Göbel, FBL Finanzverwaltung, weiß, dass Herr Sárközy sehr um dieses Anliegen bemüht ist. Sie fügt hinzu, dass dies jedoch ein Thema der Prioritätenliste Baumaßnahmen ist und erst noch darüber diskutiert wird, was finanzierbar ist und was nicht.

Herr Stüber fügt hinzu, dass er dann nicht nachvollziehen kann, wieso Baugenehmigungen für Eigenheime erteilt werden, wenn noch nichts geklärt ist.

Bürgermeister Täschner schlägt vor, dies an die Bauaufsicht weiter zu geben.

Plauen, den	Plauen, den
Uwe Täschner Bürgermeister	Kerstin Knabe Stadträtin
Plauen, den	Plauen, den
Luise Dähn Schriftführerin	Thomas Fiedler Stadtrat